

Niederschrift
**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen
am 17.02.2020 im Sitzungssaal des Kreisamtes Jever, Lindenallee 1**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Osterloh, Uwe

Mitglieder

Esser, Martina

Herfel, Bärbel

Homfeldt, Axel

Janßen, Dieter

Kühne, Lars

Kujath, Dörthe

Müller, Alfred

Pauluschke, Bernd

Ratzel, Gerhard

beratende Mitglieder (GM)

Just, Janto

beratende Mitglieder

Becke, Lukas

stellv. Mitglieder

Zerth, Britta

Vertretung für Herrn Stephan Zerth

stellv. beratende Mitglieder (GM)

Wittke, Agnes

Vertretung für Herrn Iko Chmielewski

Angehörige der Verwaltung

Ambrosy, Sven

de Vries, Britta

Dehrendorf, Martin, Dr.

Graalfs, Rainer

Janßen, Reent

Karmires, Nicola

Gäste/informativ

Buer, Daniela

Drawe, Melanie

(Angehörige der Verwaltung/ FB 10 –
Wirtschaftsförderung; im Rahmen der Einarbeitung)

Ref. jur. Langfeld, Markus

(Rechtsreferendar/ FB 30 – Recht; im Rahmen der
Ausbildung)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Genehmigung der Tagesordnung

Herr Vorsitzender Osterloh eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Pressevertreter und die Angehörigen der Verwaltung, insbesondere die Landkreismitarbeiterinnen Frau Buer und Frau Drawe (beide im Fachbereich 10/4 – Wirtschaftsförderung tätig) sowie den Rechtsreferendar Herrn Langfeld (hospitiert im Rahmen seiner Ausbildung vorübergehend im Fachbereich 30 – Recht).

Durch einstimmige Zustimmung der WTKF-Mitglieder wird den heutigen drei Gästen, die allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, die Teilnahme am nichtöffentlichen Teil gewährt.

Mit Verweis auf den TOP 9.1.1, welcher unter Abkürzung der Ladungsfrist ergänzt worden ist, wird die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift über die Sitzung vom 9. Dezember 2019

Die Niederschrift über die Sitzung vom 9. Dezember 2019 wird einstimmig bei 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen oder Anmerkungen.

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:

TOP 4.1.1 Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/FDP vom 27.01.2020 zur Verwendung der erhöhten EWE-Ausschüttung; Vorlage: 0886/2020

Begründung:

Der beigefügte Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/FDP vom 27.01.2020 zur Verwendung der erhöhten EWE-Ausschüttung wurde in der Sitzung des Kreisausschusses am 5. Februar 2020 per Organisationsbeschluss in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen verwiesen.

Es wird um Beratung und ein Votum gebeten.

Anlage:

Antrag vom 27.01.2020

Herr KTA Homfeldt stellt namens der CDU-Kreistagsfraktion den Antrag, die rund 1 Mio. Euro des geplanten Kita-Betriebskostenzuschusses an die Städte und Gemeinden um eine Soforthilfe in Höhe von rund 300.000 Euro für die Gemeinde Wangerooge zu verringern, um damit die Inselgemeinde bei der Behebung der sturmbedingten Schäden am Sandstrand zu unterstützen. Für die Kommunen bliebe dann noch ein Kita-Zuschuss in Höhe von ca. 700.000 Euro.

Herr KTA Pauluschke erläutert noch einmal den Antrag der Gruppe, aber befindet auch den Antrag der CDU-Fraktion grundsätzlich als sehr positiv. Er schlägt vor so zu verfahren, dass nach vollständiger Erstellung einer Kostenübersicht von dem Sturmschaden am Sandstrand auf Wangerooge der Gesamtbedarf an Mitteln – unter Berücksichtigung der Zuschüsse Dritter – gesondert der Inselgemeinde zur Verfügung gestellt werde. Über den Antrag der Mehrheitsgruppe solle unabhängig davon heute ein Beschluss ergehen, wie in der Vorlage vorgeschlagen.

Herr KTA Müller ist zum einen erfreut über den Zuschuss an die Städte und Gemeinden und sieht es ähnlich wie sein Vorredner, dass der Bedarf für die Gemeinde Wangerooge gesondert geregelt werden müsse. An dem Verfahren der Zuschussgewährung an die Städte und Gemeinden habe er jedoch auszusetzen, dass der Zuschuss zweckgebunden sei und somit den Kommunen nicht zur freien Verfügung gewährt werde. Er halte eine konkrete Planung und ggf. die Senkung der Kreisumlage für eine wirkungsvollere Entlastung für die Städte und Gemeinden.

Frau KTA Esser hält die vorgeschlagene Vorgehensweise der Mehrheitsgruppe für die Richtige, da nur vorhandene Mittel, wie der jetzige Einnahmeüberschuss verteilt werden könne. Sie weist darauf hin, dass diese zusätzlichen Mittel den Kommunen trotz ihrer Zweckbindung Handlungsspielräume einräumen würden, da sich die eingeplanten Kosten der Kommunen an dieser Stelle dezimieren lassen und somit für andere Dinge zur Verfügung stehen würden. Sie wirkt bei der Sandproblematik der Inselgemeinde Wangerooge auf eine Dauerlösung hin, so hätten hierzu auch schon Gespräche mit Frau Asendorf (Bündnis 90/Die Grünen) stattgefunden.

Herr KTA Homfeldt macht noch einmal deutlich, dass von den rund 1 Mio. Euro Überschuss, die zum jetzigen Zeitpunkt als frei verfügbare Mittel dem Landkreis zur Verfügung stehen, die beantragte Soforthilfe in Höhe von 300.000 Euro schnellstmöglich der Gemeinde Wangerooge zugewiesen werden solle, da sie es am dringendsten benötige, um den Sandstrand zum Saisonbeginn (spätestens Ostern 2020) für den Tourismus wieder herstellen zu können.

Herr Landrat Ambrosy nimmt zunächst Stellung zur Aussage von Herrn KTA Müller und verweist hierzu auf den zwischen den Kommunen und dem Landkreis Friesland geschlossenen Zukunftspakt. Hierbei sei von allen Bürgermeistern die Aussage getroffen worden, dass sich die Betriebskosten für die Kitas am dynamischsten auf die Haushaltsplanungen der Kommunen auswirken würden. Somit könne eine große Entlastung durch einen zu gewährenden Zuschuss erreicht werden. Der Betriebskostenzuschuss für die Kitas an die Kommunen sei auch in anderen Landkreisen ein probates Mittel zur Entlastung, wobei eine Senkung der Kreisumlage die Frage aufwerfe, zu welchem Zeitpunkt sich dann eine tatsächliche Entlastung für die Kommune einstelle, so der Landrat.

Zum Antrag der CDU-Fraktion mit Bezug auf den aktuellen Sturmschaden am Sandstrand der Inselgemeinde und der wiederkehrenden Sandstrandproblematik auf Wangerooge teilt Herr Landrat Ambrosy mit, dass er bereits mit dem Bürgermeister und dem Nds. Innenministerium im Kontakt stehe. In diesem Fall sei es wichtig, das Land bei der Kostenfrage nicht außen vor zu lassen, sondern eine Dauerregelung zu erreichen. Im Rahmen des Entschuldungsvertrages zwischen Land und Kommunen sei für Inseln ein sog. Sondereffekt, zu dem auch die Sandstrandmaßnahme auf Wangerooge gehöre, zu berücksichtigen, was bislang jedoch nicht der Fall gewesen sei.

Herr Landrat Ambrosy empfiehlt, einen Termin mit dem Innenministerium zu vereinbaren, um zu den 100.000 Euro des Landkreises als Kofinanzierungsgrad noch zusätzliche Landeshilfen zu organisieren.

Mit einem kurzen Exkurs teilt Herr Landrat Ambrosy mit, dass es neben den Kosten zusätzlich das Problem einer Knappheit an verfügbarem Sand auf der Insel geben werde, da mehrere Behörden dort erhebliche Mengen an Sand benötigen würden, aber für die Sandentnahme nur eine bestimmte Anzahl an Feldern ohne Gefährdung der Inselficherheit zur Verfügung stünden. Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) sei bereits mit der Quantifizierung beauftragt und arbeite eiligst an Lösungen. Drei Parameter seien hierbei zu beachten:

1. Wieviel Sand ist vom Strand durch den Sturm weggebrochen?
2. Wieviel Sand ist nach Abzug aller Nutzungsinteressen anderer Behörden noch frei verfügbar?
3. Welche Kosten entstehen hierfür?

Herr Landrat Ambrosy wird sich beim Land Niedersachsen dafür stark machen, eine Sonderregelung, wie einen Investitionsfonds zu erwirken, wie von ihm schon in der Vergangenheit bereits vorgeschlagen. Dies sehe vor, dass zwei der Ministerien (z.B. MI/ MW/ MU) und der Landkreis Friesland jeweils 100.000 Euro, also insgesamt 300.000 Euro in diesen Fonds einzahlen würden, so dass nach tatsächlichem Bedarf hiervon jederzeit Zuweisungen an die Insel Wangerooge möglich wären.

Er bittet den Ausschuss diesen Antrag auf Erreichung einer solchen Sonderregelung beratend zur Kenntnis zu nehmen und im Falle der Nichtbeteiligung des Landes an den Kosten, diesen wieder aufleben zu lassen bzw. ihn als Landrat mit der Kofinanzierung zu beauftragen.

Herr KTA Pauluschke weist nochmals auf den Entlastungseffekt für die Kommunen hin, mit der Haushaltsplanung bereits alle anfallenden Kita-Betriebskosten von den Städten und Gemeinden als feste Ausgabe eingeplant seien. Es entstehe durch den Zuschuss an die Städte und Gemeinden eine Synergie, da die zu tragende Ausgabe dezimiert werde und somit für andere Aufgaben verfügbar sei.

Aufgrund der aktuellen Geschehnisse und dem Schaden, den der Sturm „Sabine“ auf der Insel Wangerooge angerichtet habe, befinde er den Antrag der CDU-Fraktion grundsätzlich für gut und würde ihn auch unterstützen, wenn dafür nicht der, namens der Mehrheitsgruppe beantragte Zuschuss in Höhe von 1 Mio. Euro für die Städte und Gemeinden beschnitten werden würde. Zudem sei eine kassenwirksame Entscheidung ohnehin nicht vor der Kreistagsentscheidung am 18.03.2020 möglich.

Die Mehrheit der Mitglieder spricht sich im Falle von Wangerooge dafür aus, dass die Kosten und der Gesamtbedarf zur Schadensbehebung inkl. einer möglichen Lösung für die künftige Sandfahrmaßnahme zunächst ermittelt werden sollen und der heutige Antrag auf eine Soforthilfe ggf. dem Kreistag am 18.03.2020 vorbehalten sei.

Weiterhin erläutert Herr Landrat Ambrosy, dass dem Landkreis Friesland durch die EWE-Ausschüttung eine Gesamtsumme von 2 Mio. Euro zur freien Verfügung stehe. Davon seien mit dem Antrag der Mehrheitsgruppe 1 Mio. Euro für die Kita-Betriebskostenzuschüsse der Kommunen vorbehaltlich des heutigen Beschlusses verplant und von den übrigen 1 Mio. Euro würde der Haushaltsausgleich in Höhe von 600.000 Euro vorgenommen. Die Restsumme von 400.000 Euro sei somit noch in freier Verfügbarkeit für die ggf. anfallenden Kosten der Sandfahrmaßnahme auf der Insel Wangerooge, wofür aber zunächst das Land involviert und nach einer Dauerlösung geschaut werden solle. Ein Beschluss hierzu könne im Kreistag am 18.03.2020 erwirkt werden; eine frühere Entscheidung, als die des Kreistages am 18.03.2020 ist ohnehin nicht möglich, weil diese Entscheidung in der Zuständigkeit des Kreistages liegt.

Herr KTA Homfeldt stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Klärung, welcher der beiden Anträge der weitergehende sei.

Die Mitglieder des WTKF befinden den Antrag der Mehrheitsgruppe, wie in der Vorlage als weitergehenden Antrag, da dieser mit 1 Mio. Euro einen größeren Aufwand erfordere.

Herr Vorsitzender Osterloh lässt zunächst über den Antrag der Mehrheitsgruppe als weitergehenden Antrag beschließen:

1. Beschlussvorschlag:

Dem nachstehenden Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/FDP wird zugestimmt:

„Der Betriebskostenzuschuss für die Kindertagesstätten in den Städten und Gemeinden soll zunächst für das Kindergartenjahr 2020/21 um 50 Prozent, das sind ca. 1 Million Euro, erhöht werden.

Das im Kindergartenjahr 2019/20 erstmals angewandte Berechnungsmodell soll fortgesetzt werden, indem die dort genannten Pro-Kind-Beträge um 50 % erhöht (und dann noch einmal sinnvoll gerundet) werden.

Die Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgabe soll aus der um gut 2 Millionen Euro höher als im Haushalt eingeplant ausfallenden Ausschüttung des EWE-Verbandes geleistet werden.“

2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion:

Herr KTA Homfeldt stellt namens der CDU-Kreistagsfraktion den folgenden Antrag (in Abwandlung und Ergänzung des Antrags der Mehrheitsgruppe):

„Der Betriebskostenzuschuss für die Kindertagesstätten in den Städten und Gemeinden soll zunächst für das Kindergartenjahr 2020/21 auf 700.000 Euro, erhöht werden.

Das im Kindergartenjahr 2019/20 erstmals angewandte Berechnungsmodell soll fortgesetzt werden, indem die dort genannten Pro-Kind-Beträge um 50 % erhöht (und dann noch einmal sinnvoll gerundet) werden.

Der Inselgemeinde Wangerooge soll ein Zuschuss als Soforthilfe in Höhe von 300.000 Euro zur Behebung der Sturmschäden am Sandstrand zugehen.

Die Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgabe soll aus der um gut 2 Millionen Euro höher als im Haushalt eingeplant ausfallenden Ausschüttung des EWE-Verbandes geleistet werden.“

Nach dem Beschluss über den Antrag von Herrn KTA Homfeldt stellt Herr Pauluschke den nachfolgenden Antrag:

3. Weiterer Antrag der Mehrheitsgruppe:

Herr KTA Pauluschke stellt namens der Mehrheitsgruppe den Antrag auf Unterstützung der Inselgemeinde Wangerooge durch den Landkreis Friesland nach Feststellung der erforderlichen Kosten für Maßnahmen der Sandaufschüttung, die aufgrund des Sturmes „Sabine“ und sonstigen Umwelteinflüssen notwendig geworden sind, vorbehaltlich der Kostenbeteiligung durch das Land Niedersachsen.

zu 1.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Mehrheitsgruppe, wie Vorlage:

Ja:	6
Enthaltung:	5

= einstimmig bei 5 Enthaltungen

zu 2.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von KTA Homfeldt, (CDU-Fr.):

Ja:	3
Nein:	6
Enthaltung:	2

= mehrheitlich abgelehnt

zu 3.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von KTA Pauluschke (Gr. SPD/Grüne/FDP):

Ja:	6
Enthaltung:	5

= einstimmig bei 5 Enthaltungen

TOP 4.1.2 Jahresabschluss 2018 der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland mbH (GzF); Verlustausgleich für das Wirtschaftsjahr 2018;Vorlage: 0889/2020

Begründung:

Die GzF war Erschließungsträger für die Erschließung des 2. und 3. Bauabschnitts im JadeWeserPark in Roffhausen und für den Aeropark Varel. Das Projekt JadeWeserPark ist abgeschlossen und mit dem Zweckverband abgerechnet. Von den Flächen des 2. Bauabschnitts des Aeroparks konnten in den vergangenen Jahren drei Grundstücke verkauft werden. Es werden zwar mit mehreren Interessenten Gespräche geführt; vor allem aufgrund der engen Verbindung zum PAG-Konzern ziehen sich Entscheidungen innerhalb des Konzerns, die Auswirkungen auf den Aeropark haben könnten, sehr in die Länge.

Der Jahresabschluss 2018 ist von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und durch die Gesellschafterversammlung am 16.12.2019 festgestellt worden. Für das Jahr 2018 weist der Jahresabschluss einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 33.495,03 Euro aus. Da die Gesellschaft außerhalb der Grundstücksverkäufe keine eigenen Umsatzerlöse erzielt, müssen die durch den laufenden Geschäftsbetrieb jährlich entstehenden Verluste vom Gesellschafter Landkreis Friesland ausgeglichen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland mbH einen Zuschuss als Ausgleich für den im Jahr 2018 entstandenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 33.495,03 Euro zu gewähren. Die Veranschlagung ist im Haushaltsplan 2020 erfolgt.

Herr KTA Pauluschke erkundigt sich, ob keine Einnahmen durch Grundstücksveräußerungen vorliegen würden.

Hierzu erklärt Herr Graalfs (Fachbereich 10 – Wirtschaftsförderung), dass die Gesellschaft GzF nicht von den Grundstücksverkäufen im JadeWeserPark betroffen sei, sondern lediglich als Gesellschaftszweck der Erschließung des Gewerbegebietes (so auch Aeropark in Varel) diene. Die Einnahmen aus dem JadeWeserPark würden anteilig den Kommunen zufließen.

Frau KTA Esser erkundigt sich nach dem Nutzen der Aufrechterhaltung dieser Gesellschaft.

Herr Landrat Ambrosy erläutert hierzu, dass das Projekt der Erschließung als Gesellschaftszweck weiterhin positiv virulent sei, da noch nicht abgeschlossen (sowohl im JadeWeserPark als auch im Aeropark sind noch Grundstücke frei). Der Fortbestand der Gesellschaft als strategisches Instrument mache Sinn, da hierfür erhebliche Fördermittel akquirierbar waren und ggf. auch künftig sein werden.

Beschlussvorschlag:

Der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland mbH wird ein Zuschuss als Ausgleich für den im Jahr 2018 entstandenen Verlust in Höhe von 33.495,03 Euro gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP 4.2.1 Antrag der Gemeinde Zetel auf Gewährung eines Kreiszuschusses für die Dachsanierung am Nordwestdeutschen Schulmuseum in Zetel-Bohlenbergerfeld; Vorlage: 0888/2020

Begründung:

Die Gemeinde Zetel hat mit Schreiben vom 21.10.2019 und einer inhaltlichen Konkretisierung vom 25.10.2019 einen Antrag auf Gewährung eines Kreiszuschusses in Höhe von 30 % der nicht durch Zuschüsse Dritter gedeckten förderfähigen Kosten für die Dachsanierung am Nordwestdeutschen Schulmuseum in Zetel-Bohlenbergerfeld gestellt.

Das Nordwestdeutsche Schulmuseum Zetel-Bohlenbergerfeld befindet sich im Zeteler Ortsteil Bohlenbergerfeld. Es handelt sich um die ehemalige Dorfschule. Die Schule beinhaltet nicht nur das Museum mit Ausstellungsräumen und Archiv, sondern dient mit seinem Café auch mehreren örtlichen Vereinen als Vereinshaus. Das gesamte Dach ist weit über 50 Jahre alt und befindet sich in einem schlechten Zustand. Es ist undicht, nicht isoliert und hat fehlende Brandabschnitte sowie nicht mehr zeitgemäße elektrische Anlagen. Im Rahmen der Dachsanierung werden auch die technischen Anlagen wie die Elektro- und Heizungsinstallation erneuert. Im Dachgeschoss befinden sich Archiv- aber auch Ausstellungsräume. Das vorhandene kulturelle Potenzial soll mit dem Ausbau des Archives sowie der Schaffung nutzbarer Räume im Dachgeschoss erhalten und weiterentwickelt werden. Der Ausstellungsbereich soll erweitert werden, um so die Attraktivität für die Besucher zu erhöhen. Zudem soll das Archiv zukünftig auch für Besuchergruppen geöffnet werden. Die Dachsanierung ist damit eine zwingende Voraussetzung, um das Schulmuseum auch zukünftig in der bisherigen Form nutzen und inhaltliche Erweiterungen vornehmen zu können.

Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich nach Kostenschätzung des Architekturbüros auf rund 325.000 € brutto. Die Projektskizze ist der Lokalen Aktionsgruppe Südliches Friesland in der Sitzung am 27.08.2019 vorgestellt und zur Entscheidung vorgelegt worden. Die LAG Südliches Friesland hat der Förderung des Projektes mit einem Zuschuss in Höhe von 60% = 195.000 Euro zugestimmt. Der endgültige Zuwendungsbescheid vom Amt für regionale Landesentwicklung liegt noch nicht vor. Ohne die Förderung aus dem LEADER-Programm und aus Mitteln des Landkreises Friesland könnte das Projekt nicht realisiert werden.

Die Gemeinde Zetel hat daher zusätzlich zu der gewährten EU-Förderung beim Landkreis Friesland einen Zuschuss zur Teilfinanzierung der Maßnahme beantragt. Das Vorhaben soll im Frühjahr 2020 begonnen werden und bis zum Frühjahr 2021 abgeschlossen sein.

Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

EU-Förderprogramm LEADER – LAG Südliches Friesland	195.000 Euro
Kreiszuschuss des Landkreises Friesland	39.000 Euro
Eigenmittel der Gemeinde Zetel	91.000 Euro
Gesamtsumme:	325.000 Euro

Die Dachsanierung am Nordwestdeutschen Schulmuseum in Zetel-Bohlenbergerfeld wird auf der Grundlage der Leitlinien des Kreistages des Landkreises Friesland in der Fassung vom 25.06.2001 für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung und Erweiterung von Fremdenverkehrseinrichtungen als förderfähig anerkannt. Die Verwaltung schlägt vor, der Gemeinde Zetel zur Teilfinanzierung der Maßnahme einen Kreiszuschuss in Höhe von 30 % der nicht durch Zuschüsse Dritter gedeckten förderfähigen Kosten, maximal jedoch 39.000 Euro, zu bewilligen. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Baufortschritt unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Landkreises Friesland.

Beschlussvorschlag:

Die Dachsanierung am Nordwestdeutschen Schulmuseum in Zetel-Bohlenbergerfeld wird als grundsätzlich förderfähig anerkannt. Der Gemeinde Zetel wird zur Teilfinanzierung der Maßnahme ein Kreiszuschuss in Höhe von 30% der nicht durch Zuschüsse Dritter gedeckten förderfähigen Kosten, maximal jedoch 39.000 Euro, bewilligt. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Baufortschritt unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Landkreises Friesland.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP 4.2.2 Antrag der Gemeinde Sande auf Gewährung eines Kreiszuschusses für die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes in Altmarienhausen Vorlage: 0887/2020

Begründung:

Die Gemeinde Sande hat mit Schreiben vom 26.11.2019 und einer inhaltlichen Konkretisierung vom 06.12.2019 einen Antrag auf Gewährung eines Kreiszuschusses in Höhe von 20 % der förderfähigen Kosten für die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes in Altmarienhausen gestellt. Der vorhandene Wohnmobilstellplatz in Altmarienhausen mit derzeit 10 Stellplätzen ist im April 2018 feierlich eröffnet worden. Der Wohnmobilstellplatz ist von der LAG Nordseemarschen aus dem EU-Programm LEADER sowie aus Mitteln der Nds. Wattenmeerstiftung gefördert worden. Der Landkreis Friesland hat der Gemeinde Sande für das Vorhaben einen anteiligen Zuschuss in Höhe von 8.550 Euro gewährt.

Der Wohnmobilstellplatz ist seit der Eröffnung sehr gut angenommen worden. So konnten bis November 2019 nachweislich rund 1.800 Wohnmobile verzeichnet werden. Aufgrund der sehr guten Nachfrage ist ein Ausbau von derzeit 10 Parzellen mit Stromversorgungsmöglichkeit auf 20 Parzellen mit Versorgung vorgesehen. Dadurch können für die Gemeinde Sande mehr Übernachtungen generiert werden und die Wertschöpfung in der Region wird nachhaltig gesteigert. Die Gesamtkosten für die geplante Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes werden auf rund 10.000 Euro geschätzt. Darin enthalten sind Mittel für die neuen Stromsäulen, Parzellenabgrenzungen und den Installationsaufwand. Eine erneute Förderung über das Programm LEADER der LAG Nordseemarschen kommt nicht in Betracht, da das regionale Entwicklungskonzept für die Förderregion eine Mindestförderung in Höhe von 10.000 Euro vorsieht, die hier nicht erreicht wird. Seitens der Wattenmeerstiftung wird ebenfalls keine Möglichkeit der Förderung gesehen.

Die Gemeinde Sande hat beim Landkreis Friesland einen Zuschuss zur Teilfinanzierung der Maßnahme beantragt. Das Vorhaben soll kurzfristig begonnen werden und bis zum Beginn der Saison im Frühjahr 2020 abgeschlossen sein.

Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

Kreiszuschuss des Landkreises Friesland	2.000 Euro
Eigenmittel der Gemeinde Sande	8.000 Euro
Gesamtsumme:	10.000 Euro

Die Verwaltung schlägt vor, der Gemeinde Sande für die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes in Altmarienhausen, auf der Grundlage der Leitlinien des Kreistages des Landkreises Friesland in der Fassung vom 25.06.2001 für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung und Erweiterung von Fremdenverkehrseinrichtungen, zur Teilfinanzierung der Maßnahme einen Kreiszuschuss in Höhe von 20 % der förderfähigen Kosten, maximal jedoch 2.000 Euro, zu bewilligen. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Baufortschritt unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Landkreises Friesland.

Beschlussvorschlag:

Die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes in Altmarienhausen wird als grundsätzlich förderfähig anerkannt. Der Gemeinde Sande wird zur Teilfinanzierung der Maßnahme ein Kreiszuschuss in Höhe von 20 % der förderfähigen Kosten, maximal jedoch 2.000 Euro, bewilligt. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Baufortschritt unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Landkreises Friesland.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP 4.2.3 Sachstandsbericht der Wirtschaftsförderung zur Förderung von gewerblichen Unternehmen und Existenzgründungen zum Stand 31.12.2019; Vorlage: 0885/2020

Begründung:

Die Wirtschaftsförderung informiert über den aktuellen Stand zum 31.12.2019.

Förderung von Gewerbebetrieben und Freiberuflern

In Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden fördert der Landkreis Friesland kleine und mittlere Unternehmen, Existenzgründungen und auch freiberufliche Tätigkeiten mit einem finanziellen Zuschuss aus dem Förderprogramm ProFIL:

Jahr	Anträge	Davon bewilligt	Zuschuss gewährt	Anteil Stadt/ Gemeinde	Neue Apl.
2019	43	27	284.132,50 €	7.125,00 €	59,14
2018	34	20	235.232,00 €	105.643,00 €	48,50
2017	40	17	113.319,00 €	56.659,50 €	24,28

Es stehen noch 2 Mittelabrufe für Zusagen aus 2018 und etliche für die Zusagen aus, die Ende 2019 noch ausgesprochen wurden. Durch die Mittelabrufe könnten sich die Zahlen aus den Vorjahren noch reduzieren. Der Grund liegt darin, dass die Zuschusszusagen immer die max. mögliche Zuschusssumme umfassen. Sofern sich keine Veränderungen in den Mittelabrufen der Firmen/Existenzgründer/innen ergeben, bleibt es bei den zugesagten Zuschusshöhen. Wenn weniger investiert oder weniger Arbeitsplätze geschaffen wurden, sinken die zugesagten Zuschusssummen und verändern damit auch die o.g. Daten.

Die Zuschussbeteiligung der Städte/Gemeinden fiel aufgrund der Richtlinienänderung zum 01.01.2019 mit einer Ausnahme weg. Die Stadt Varel beteiligt sich noch bei erstmaligen Existenzgründungen im Stadtgebiet mit 50% an den zugesagten Zuschusssummen.

Zu den 43 Anträgen in 2019 wird Folgendes ausgeführt:

Bis Ende 2019 wurden insgesamt 27 Zuschüsse bewilligt. Aufgrund der sich im 3. Quartal 2019 abzeichnenden Überzeichnung der Haushaltsmittel und teilweise durch Antragstellungen erst Ende Nov./Anfang Dez. 2019 wurden 9 Anträge mit einer gewünschten Zuschusssumme von insgesamt 71.875 € zur Entscheidung in das Jahr 2020 geschoben.

In 2019 wurden auch 4 Zuschussanträge zurückgezogen und 3 mangels Mitwirkung abgelehnt.

Aufgrund der vorgegebenen Fristen im Zuschussprogramm ProFIL wird regelmäßig in größeren Zeitabständen geprüft, ob die Zweckbindungsfristen eingehalten werden. Die Zweckbindungsfristen laufen lt. Richtlinie 2 Jahre und beginnen mit der Auszahlung der Zuschusssummen in jedem Einzelfall. Sollten sich dabei Auffälligkeiten ergeben, werden Zuschussbeträge zurückgefordert und ggf. auch über die Kreiskasse beigetrieben, sofern beim Zuschussnehmer noch Geldmittel beiteilbar sind.

Persönliche Beratungsgespräche der Wirtschaftsförderung

Jahr	Gespräche insgesamt	Anzahl Gespräche Halbjahreswert	davon Beratungen bei Existenzgründungen
2019	141	86	60
2018	119	57	52
2017	139	70	56

Beschlussvorschlag:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien

- keine –

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament

Herr Becke vom Jugendparlament (JuPa) berichtet über die geplante Jugendkonferenz „YOUth CREATE“ vom 28.02.2020 bis 01.03.2020 auf Wangerooge. Es finden Workshops zum Thema Projektmanagement und Ideenwerkstätten zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit statt. Eingeladen sind alle Jugendlichen im Landkreis Friesland.

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

- keine-

gez. Uwe Osterloh
Vorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Britta de Vries
Protokollführerin